

Landwirtschaft geltend machen müssen, ist bei der engen Ver-  
teilung der Beziehungen zwischen Stadt und Land ohne  
weiteres verständlich.

Daneben lastet selbstverständlich in besonders schwerem  
Maße auf unserer gesamten deutschen Landwirtschaft der  
Druck der Überproduktion an Agrarerzeug-  
nissen in der ganzen Welt. Nordamerika und Kanada  
haben durch den gesteigerten Kriegsbedarf ihre Anbauflächen  
für Weizen und Argentinien seine Fleischproduktion sehr  
stark gesteigert. Nach der Wiederkehr normaler Absatzver-  
hältnisse mußte die intensive deutsche Landwirtschaft unter  
dem mächtigen Druck der überseeischen, sehr blutigen Erzeug-  
nisse naturgemäß in die größten Schwierigkeiten geraten.  
Auch der leider zu spät einsetzende Zollschutz konnte eine  
genügend große Abhängung der deutschen Agrarerzeugnisse  
von den tief gesunkenen Weltmarktpreisen nicht in vollem  
Maße bewirken. Denn die überseeischen Absatzorganisationen  
scheuten sich nicht, um die deutsche Landwirtschaft niederkun-  
frieren, von ihrem Weizenüberschuß nach Deutschland und er  
dem allgemeinen Weltmarktpreis zu liefern. Hatte man  
früher einen Teil des Weizenüberschusses, wie es vielfach ge-  
schehen war, zur künstlichen Verknappung des Marktes ver-  
braucht oder ins Meer verfrachtet, so führte man ihn jetzt unter  
Übernahme eines großen Teiles des deutschen Zolls nach  
Deutschland aus. So übernehmen gegenwärtig die über-  
seeischen Weizenexporteure von 20 Mark deutschen Weizen-  
zoll 11 Mark, das heißt, sie verkaufen ihren Weizen an  
Deutschland 11 Mark unter dem an sich schon sehr niedrigen  
Weltmarktpreis. So ist bisher an den Schwierigkeiten der  
Weltagrarkrise jede wirksame deutsche Zollpolitik gescheitert.

Nachdem die Zollpolitik, wie sie sich parteipolitisch namentlich  
in der Sozialdemokratie und in der Staatspartei finden,  
stehen angeht, dieser Lage auf dem Standpunkt, man solle  
auf jeden Zollschutz für die Landwirtschaft verzichten, sich viel-  
mehr die niedrigen Weltmarktpreise zunutze machen, um auf  
Grund einer billigeren Lebenshaltung die Preissteigerung und  
damit die Vermehrung der deutschen Industriearbeitskräfte zu  
erstreben. Das würde selbstverständlich Opferung der deut-

lichen Landwirtschaft bedeuten. Diese Theoretiker vergessen  
zunächst, daß der deutsche Bauer für die Versorgung der  
deutschen Bevölkerung unentbehrlich ist. Der große deutsche  
Kulturphilosoph Hebel sagt mit Recht: „Der Bauer ist die  
erhaltende Macht im deutschen Volk, so sehr man denn auch,  
sich diese Macht zu erhalten.“ Aber man lasse auch weiter  
nicht außer acht, daß die deutsche Wirtschaft nur zu 10 Prozent  
von industriellen Export lebt. Die deutsche Landwirtschaft  
liefert dagegen für unsere Volksernährung heute noch  
18 Milliarden Werte jährlich. Die Passivseite  
unserer Handelsbilanz würde bei einem Untergang der Land-  
wirtschaft ins Tiefere zu sinken. Eine Steigerung  
unserer Industriearbeitskräfte, die diesen Ausfall an Werten  
wettmachen würde, ist aber angesichts der Konkurrenzverhält-  
nisse auf dem Weltmarkt und angesichts der Hochkuzubillie in  
den überseeischen Ländern eine glatte Unmöglichkeit. Dazu  
kommt, daß die Aktivierung unserer Handelsbilanz durch  
Steigerung der industriellen Ausfuhr in der letzten Zeit  
keineswegs ein volkswirtschaftlicher Erfolg war. Ist sie doch  
in dem Bestreben erfolgt, Abzug zu jedem Preis, selbst ohne  
Verdienst oder sogar unter Selbstkostenpreis, auf jeden  
Fall aber unter dem inländischen Preisniveau, zu finden. Es  
hat vielfach ein Schleuderverkauf nationaler Werte statt-  
gefunden, den man mit Recht als „aktive Auspowerng“  
bezeichnet hat. Ohne eine gleichzeitige Erweite-  
rung unseres Binnenmarktes bleibt eine  
Steigerung der Aktivität unseres Außen-  
handels nichts weiter als ein Raubbau an  
unserer Wirtschaftssubstanz. So ergibt sich nicht  
nur aus der besonderen Notlage der Landwirtschaft, sondern  
auch aus ihrer Notwendigkeit für eine gesunde deutsche  
Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit, die staatliche Hilfe, die be-  
sonders der Umstellung der Produktion auf standardisierte Mar-  
kenartikel und der Entschleunigung zu dienen hat, mit aller  
Kraft auszubauen. Denn jede Stärkung des inneren Marktes  
durch Verminderung der überhöhten Einfuhr landwirtschaftlicher  
Produkte bedeutet eine Verminderung des Zwanges zu  
Verlustexporten.

### Einpruch des Reichsrats gegen das Lohnschlüsselgesetz am Heiligabend

Berlin, 12. Dez. Der Reichsrat beschäftigte sich am  
Donnerstagsabend mit dem Gesetz über den Lohnschlüssel  
am 24. Dezember. Der Berichterstatter erklärte, die  
Ausnahme des Reichsrats hätten mit Mehrheit beschlossen,  
gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben, denn durch die  
Verlängerung des Zeitpunktes für das Inkrafttreten des Ge-  
setzes werde eine unklare Rechtslage geschaffen. Aber  
auch sachlich sei der Reichsrat die Durchführung des Gesetzes  
zweifelhaft erschienen, insbesondere in Bezug auf die Ge-  
hälter. Die Ausschüsse hätten deshalb die Entscheidung  
angenommen, die Regierung zu ersuchen, mit möglicher Be-  
schleunigung einen Gesetzentwurf über die Arbeitsruhe am  
24. Dezember vorzulegen. Der Berichterstatter beantragte,  
Einspruch gegen das Gesetz zu erheben und dieser Ent-  
scheidung zuzustimmen. Auf Wunsch Preukens wurde  
festgestellt, daß der Reichsrat diesen Ausschubsantrag durch  
Mehrheitsbeschluß angenommen hat.

Der Reichsrat beschloß der Reichsrat, den Gesetzentwurf zur  
Änderung des Lichtverhältnisses des Aus-  
schußes zu überweisen. Ferner stimmte er dem  
Gesetzentwurf über das Abkommen mit Guatemala über den  
gegenseitigen Schutz von Erfindungspatenten und Verbrauchs-  
mustern zu.

Durch einen Beschluß der Reichsmonopolverwaltung für  
Branntwein und ihres Beirates war der Grundpreis für  
den Destillierten Wein auf 51 Mark festgesetzt worden.  
Gegen diesen Beschluß hatten sechs ordentliche Mitglieder des  
Beirates Beschwerde eingelegt und beantragt, den Grund-  
preis auf 66 Mark festzusetzen. Der Reichsrat beschloß, mit  
Wirkung vom 12. Dezember d. J. an einen Grundpreis von  
68 Mark als angemessen zu bezeichnen.

### Forderungen Eugenbergs für die Landwirtschaft

Berlin, 12. Dez. Der deutsch-nationale Parteiführer Ge-  
heimrat Dr. Eugen Berg veröffentlicht zur Lage der Land-  
wirtschaft eine längere Erklärung, an deren Schluss er an-  
kündigt, die Deutschnationalen hätten sich entschlossen, im  
Reichstage ein Initiativgesetz betreffend Entschleunigung der  
Landwirtschaft einzubringen.

Der Entwurf ist ein Rahmengesetz, das nur die wesent-  
lichen Gesichtspunkte festlegen und in diesem Rahmen durch  
Verordnungen ausgefüllt werden soll. Er gilt zunächst für  
Preußen, soll dann aber alsbald auf Pommern  
und Grenzmark, weiter auf die übrigen Provinzen und  
Länder und schließlich, soweit das Bedürfnis vorliegt, auf  
andere Teile des Reiches ausgedehnt werden.

Es sollen auf Grund des Gesetzes drei Verordnungen er-  
lassen werden, und zwar:

- 1. eine Verordnung betreffend Vollstreckungsmaßnahmen zwecks ein-  
williger Aufrechterhaltung der bedrohten Existenzen, so  
wohl auf der Schuldners- wie auf der Gläubigersseite;
- 2. eine Verordnung betreffend Entschleunigung zwecks Regu-  
lierung der Schuldverhältnisse der gefährdeten Betriebe und  
Schaffung gesunder Grundlagen für eine inländische An-  
siedlung ländlicher Arbeiter- und Bauernsöhne;
- 3. eine Verordnung betreffend Rechtsverhältnisse der Entschu-  
lungsbetriebe, zwecks späterer Aufrechterhaltung ge-  
sunder Rechtsgrundlagen der Entschleunigungsbetriebe.

### Die Bankbeamten vor der Entscheidung

Berlin, 12. Dez. (Eig. Drahtm.) Die am Tarifvertrag  
für das Bankgewerbe beteiligten Arbeitnehmerverbände  
traten heute zu einer Sitzung zusammen, um zu dem  
nächst vorliegenden Endergebnis der Verhandlungen in  
den Bankbetrieben Stellung zu nehmen. Diese Verhandlung ist  
in den Betrieben der Berliner Großbanken durchgeführt  
worden. Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Organi-  
sationen ist nahezu einstimmig von den Bankangehörigen ge-  
billigt worden. Auch für etwa notwendig werdende Kampf-  
maßnahmen hat sich die sachgemäß vorgeschriebene Mehr-  
heit der Belegschaften in allen Betrieben ausgesprochen. Es  
wird von den am Freitag im Reichsarbeitsministerium statt-  
findenden Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlich-  
keitserklärung des Schiedsspruches abhängen, inwieweit  
die Organisationen der Bankangehörigen zu Kampfmaß-  
nahmen schreiten werden.

### China protestiert in Berlin gegen einen Film

Berlin, 12. Dez. Der chinesische Gesandte in Berlin hat  
gegen die Aufführung des Sowiervideos „Der blaue  
Expres“ im Auswärtigen Amt Einspruch erhoben. Daraus  
hat das Auswärtige Amt dem Wunsche Ausdruck gegeben,  
daß in dem Film verschiedene Änderungen vorgenommen werden.  
Die Handlung dieses Films spielt in einem Eisenbahnwa-  
gon der China nach Rußland fährt und unter den Passagieren  
Chinesen und Engländer hat. Die Chinesen, die sich von den  
Engländern bedrückt fühlen, revolutionieren gegen diese. Es  
kommt zu einem großen Gemetzel, in dessen Verlauf viele  
Engländer umkommen. Der Zug erreicht schließlich die  
russische Grenze. Unnötig zu sagen, daß  
dieser Film voll von bolschewistischer Propaganda  
und Galaktion  
ist, daß gegen den Kapitalismus von A bis Z gelehrt wird  
und vor allen Dingen auch gegen diejenigen Chinesen und  
Engländer, die mit dem Bolschewismus nichts gemein haben  
wollen.

### v. Mücke bekennet sich als Sozialist

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 12. Dez. Der frühere nationalsozialistische Ab-  
geordnete im sächsischen Landtag Kapitänleutnant a. D. v. v.  
Mücke sprach heute im Rahmen einer vom „Deutschland-  
klub“, einer neuen politischen Organisation, veranstalteten  
Rundgebung im Berliner Sportpalast über seine „Erfahrungen  
in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“. Zu  
Beginn der Rundgebung, die sich in ganz ausgesprochenem  
Maße gegen die NSDAP wandte, wurden Ausführungen  
über die Ziele des neuen Bundes gegeben, der einen festen  
Damm in Deutschland gegen die radikale Blut errichten  
wolle. Kapitänleutnant a. D. v. Mücke selbst erklärte dann,  
daß er „gegenüber dem gesamten Parteifram jetzt auf dem  
Standpunkt stehe, der Stärke ist am mächtigsten allein.“  
Er, Mücke, sei Sozialist, und deshalb der  
schärfste Gegner der Hitlerpartei.  
Herr von Mücke unterzog dann die einzelnen Führer der  
NSDAP, einer nicht gerade liebevollen Betrachtung. Von  
Hitler erklärte er, er hätte von ihm den Eindruck gewonnen,  
daß er ständig hin- und herchwankte, seine Versprechungen  
nicht halte und sich gegen gewisse Unterführer nicht durch-  
zusetzen vermöghe. Unter der Führung Hitlers hätte sich die  
NSDAP völlig von ihrem ursprünglichen Programm ent-  
fernt.

Kapitänleutnant von Mücke ließ seine Darlegungen  
in folgendem Schlusse gipeln: „Wir haben alle nur  
einen Feind, das Kapital.“  
Zu irgendwelchen Zusammenstößen kam es entgegen den  
Befürchtungen der stark vertretenen politischen Schutzkräfte  
nicht, da der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Goebe-  
litz die Meinung ausgegeben hatte, den Kapitänleutnant  
Mücke und das Reichsbanner, das von ihm agitatorisch  
material gegen den Nationalsozialismus erwartete, allein zu  
lassen.

# Starke Einnahmeausfälle der Reichsbahn

## Aufgang des Fracht- und Personenverkehrs

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Drahtm.) Die Deutsche  
Reichsbahn veröffentlicht in ihrem amtlichen Nach-  
richtenblatt die Betriebsergebnisse des Monats November.  
Danach trugen die finkende Kaufkraft bei einem großen Teil  
der Bevölkerung, die bemühte Zurückhaltung von Gütern in  
der Hoffnung auf Preisabbau, die durch jahreszeitliche Ein-  
flüsse bedingte Ruhe und der fortschreitende Wettbewerb des  
Volkswagenes zu einer weiteren Verschlechte-  
rung der Lage im Güterverkehr bei. Die großen  
Massentransporte von Rüben und Schnitzel, von Holzstuck  
und Kohle vermochten den Verkehrsausfall nicht wettzu-  
machen.

Der sonst beobachtete starke Frachtverkehr blieb aus.  
Auch der Personenverkehr ging weiter zurück. Schnell-,  
Eils- und Fernzüge waren durchwegs kaum mittel-  
mäßig besetzt.

Nur der Strom der zurückflutenden Landarbeiter be-  
lebte den Verkehr in einzelnen Verkehrsverbindungen etwas.  
Auch der Nahverkehr war gering. Der Berufsver-  
kehr ließ infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit weiter  
nach. Der Wochenend- und Ausflugsverkehr litt unter dem  
Einfluss der dauernd ungünstigen Witterungsverhältnisse. Be-  
sondere Veranstaltungen, wie Märkte, Messen, solche sport-  
licher Art usw., fanden nur in ganz geringer Zahl statt und  
liefen kaum einen Einfluss auf den Verkehr aus. Auch bei  
den wenigen Veranstaltungen trat wiederum der Wettbewerb  
des Kraftwagens in besonderer Weise in die Erscheinung.

Weiter wird dann ein Überblick über die Finanzen  
der Reichsbahn im Monat Oktober 1930 gegeben. Danach be-  
trugen die Einnahmen aus Personen- und Gepäckerwerb,  
Güterverkehr usw. 405 819 000 Mark.

Die Ausgaben im Monat Oktober betrugen insgesamt  
406 830 000 Mark. An Reparationsleistungen sind in den  
Oktoberausgaben allein 65 Millionen Mark eingelegt.

Der Dienst der neuen Schuldverschreibungen und Anleihen  
erforderte 1 718 000 Mark. Zu diesen Einnahmeergebnissen  
wird dann noch bemerkt: Während im Oktober 1929 eine werk-  
tätige Güterverkehrsleistung von 12,1 Millionen Reichs-  
mark aufkam, betrug die Güterleistung im Oktober 1930 nur  
9,8 Millionen Reichsmark. Im ganzen blieb das Monatsein-  
nahmeergebnis hinter dem im Oktober 1929 erzielten Ein-  
nahmeertrag um 73,5 Millionen Reichsmark zurück, so daß sich  
die Gesamteinnahmeausfälle seit Beginn des Geschäftsjahres  
gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 680,4 Millionen  
Mark erhöhen.

## 25 000 Reichsbahnarbeiter gefährdet

Berlin, 12. Dez. (Eig. Drahtm.) Die Meldungen über  
eine zum 1. Febr. 1931 notwendig werdende Entlassung von  
25 000 Arbeitern bei der Reichsbahn werden von unterrichteter  
Seite als nicht zutreffend bezeichnet. Richtig sei, daß  
insolge des anhaltenden Verkehrsrückganges der Arbeits-  
anfall bei der Reichsbahn zurückgegangen sei. Es fehle zur  
Zeit in der Bahnunterhaltung an Arbeit für 17 000 Arbeiter  
und in den Ausbesserungswerken an Arbeit für 8700 Arbeiter.  
Um eine Entlassung dieser Arbeiter zu vermeiden, habe die  
Hauptverwaltung der Reichsbahn mit den Gewerkschaften  
Verhandlungen gepflogen mit dem Ziele, Fetterschlachten  
einzulegen. Bei Einführung der entsprechenden Zahl von  
Fetterschlachten würde den 25 700 überzähligen Arbeitern ihr  
Arbeitsplatz erhalten werden können. Die Gewerkschaften  
haben den Abschluß eines solchen Fetterschlachten-  
abkommens abgelehnt und gefordert, daß im Betriebs-  
und Verkehrsdiens die Arbeitszeit der Betriebs-  
und Verkehrsarbeiter gekürzt werde. Für die Reichsbahn ist  
aber, wie die Hauptverwaltung erklärt, dieser Vorschlag nicht  
durchführbar, weil im Betriebs- und Verkehrsdiens eine Be-  
schränkung der Arbeit ohnehin eintreten müßte. Nachdem es  
bisher nicht gelungen ist, zur Vermeidung von Arbeiter-  
entlassungen mit den Gewerkschaften generelle Vereinbarun-  
gen über Fetterschlachten zu treffen und nachdem auch ein von  
der Reichsbahn herbeigeführter Vermittlungsversuch  
des Reichsarbeitsministers erfolglos geblieben  
ist, wird die Reichsbahn Entlassungen durch örtliche Fet-  
terschlachten und Vereinbarungen mit den Belegschaften  
selbst zu vermeiden suchen. Die Gewerkschaften wollen  
allerdings eine abermalige Intervention des  
Reichsarbeitsministers herbeiführen mit der Be-  
gründung, daß es untragbar sei, für einen großen Teil der  
Arbeiterschaft Fetterschlachten einzuführen.

### Noch keine Beschlüsse über die Postgebühren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 12. Dez. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungs-  
rates der Reichspost befahigte sich heute in eingehenden Be-  
ratungen mit der Vorlage des Reichspostministers über die  
Senkung verschiedener Postgebühren. Die Be-  
ratungen wurden im einzelnen heute noch nicht zu Ende ge-  
führt. Der Ausschuss wird vielmehr am Freitagvormittag  
nochmals zusammentreten. In unterrichteten Kreisen nimmt  
man aber an, daß die bereits veröffentlichten Vorschläge des  
Ministers angenommen werden.

# Mussolini über die Wirtschaftskrise

## Die Friedensverträge revisionsbedürftig

Rom, 12. Dez. Mussolini sprach am Donnerstag im  
Senat über das Gesetz zur Kürzung der Beamtengehälter.  
Er gab dabei einen ausführlichen Überblick über die ita-  
lienische Wirtschaftslage, die am Ende des Sommers 1929  
bedrohend gewesen sei. Im Oktober 1929 sei dann über-  
raschend die amerikanische Krise gekommen.

Seit jener Zeit sei auch die Lage in Italien schwierig.

Das neue Haushaltsjahr wisse einen Fehlbetrag von 900 Mil-  
lionen Lire auf. Das sei zwar keine nationale Katastrophe,  
aber eine sehr ernste Angelegenheit, die weitere Ausgaben  
verbitte. Mussolini erklärte weiter, es sei unmöglich,  
neue Steuern einzuführen oder die bestehenden zu  
erhöhen. Unter diesen Umständen sei ihm nichts anderes  
übriggeblieben, als die Gruppen in Bewegung zu setzen, auf  
die er rechnen konnte und deren Disziplin sicher war. Mussoli-  
ni meinte damit die Beamten und Angestellten des Staates  
und der öffentlichen Körperschaften. Im ganzen handle es  
sich um rund 527 000 Personen, die Bezüge in einer Höhe  
von 3,1 Milliarden Lire erhielten.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen fragte  
Mussolini, ob es andere Gebiete gäbe, aus denen Ersparnisse  
hätten durchgeführt werden können. Die öffentliche Schuld  
sei unantastbar. Unmöglich sei es auch, die Kriegspen-  
sionen herabzusetzen, da es sich hier um eine Dankes-  
schuld handle. Ebenso gehe es mit den militärischen Aus-  
gaben. Es sei zwar wahr, daß der Militärhaushalt von 650  
Millionen Lire in der Vorkriegszeit auf ungefähr 5 Milliar-  
den Lire gestiegen sei, „aber“, so sagte Mussolini, „ist jemand  
unter Euch, der da glauben könnte, daß in diesem Augenblick,  
in dem alle Mächte rufen, wenn sie auch vom Frieden spre-  
chen, andersgedenkt wir es sein müssen, die nicht an unsere  
Verwirklichung denken können und uns diesem tödlichen Risiko  
aussetzen sollten? Durch die Gehalts- und Lohnkürzungen  
sind etwa 3 Milliarden Lire freigemacht.“

97.—111.—112.—113.—114.—115.—116.—117.—118.—119.—120.—121.—122.—123.—124.—125.—126.—127.—128.—129.—130.—131.—132.—133.—134.—135.—136.—137.—138.—139.—140.—141.—142.—143.—144.—145.—146.—147.—148.—149.—150.—151.—152.—153.—154.—155.—156.—157.—158.—159.—160.—161.—162.—163.—164.—165.—166.—167.—168.—169.—170.—171.—172.—173.—174.—175.—176.—177.—178.—179.—180.—181.—182.—183.—184.—185.—186.—187.—188.—189.—190.—191.—192.—193.—194.—195.—196.—197.—198.—199.—200.—201.—202.—203.—204.—205.—206.—207.—208.—209.—210.—211.—212.—213.—214.—215.—216.—217.—218.—219.—220.—221.—222.—223.—224.—225.—226.—227.—228.—229.—230.—231.—232.—233.—234.—235.—236.—237.—238.—239.—240.—241.—242.—243.—244.—245.—246.—247.—248.—249.—250.—251.—252.—253.—254.—255.—256.—257.—258.—259.—260.—261.—262.—263.—264.—265.—266.—267.—268.—269.—270.—271.—272.—273.—274.—275.—276.—277.—278.—279.—280.—281.—282.—283.—284.—285.—286.—287.—288.—289.—290.—291.—292.—293.—294.—295.—296.—297.—298.—299.—300.—301.—302.—303.—304.—305.—306.—307.—308.—309.—310.—311.—312.—313.—314.—315.—316.—317.—318.—319.—320.—321.—322.—323.—324.—325.—326.—327.—328.—329.—330.—331.—332.—333.—334.—335.—336.—337.—338.—339.—340.—341.—342.—343.—344.—345.—346.—347.—348.—349.—350.—351.—352.—353.—354.—355.—356.—357.—358.—359.—360.—361.—362.—363.—364.—365.—366.—367.—368.—369.—370.—371.—372.—373.—374.—375.—376.—377.—378.—379.—380.—381.—382.—383.—384.—385.—386.—387.—388.—389.—390.—391.—392.—393.—394.—395.—396.—397.—398.—399.—400.—401.—402.—403.—404.—405.—406.—407.—408.—409.—410.—411.—412.—413.—414.—415.—416.—417.—418.—419.—420.—421.—422.—423.—424.—425.—426.—427.—428.—429.—430.—431.—432.—433.—434.—435.—436.—437.—438.—439.—440.—441.—442.—443.—444.—445.—446.—447.—448.—449.—450.—451.—452.—453.—454.—455.—456.—457.—458.—459.—460.—461.—462.—463.—464.—465.—466.—467.—468.—469.—470.—471.—472.—473.—474.—475.—476.—477.—478.—479.—480.—481.—482.—483.—484.—485.—486.—487.—488.—489.—490.—491.—492.—493.—494.—495.—496.—497.—498.—499.—500.—501.—502.—503.—504.—505.—506.—507.—508.—509.—510.—511.—512.—513.—514.—515.—516.—517.—518.—519.—520.—521.—522.—523.—524.—525.—526.—527.—528.—529.—530.—531.—532.—533.—534.—535.—536.—537.—538.—539.—540.—541.—542.—543.—544.—545.—546.—547.—548.—549.—550.—551.—552.—553.—554.—555.—556.—557.—558.—559.—560.—561.—562.—563.—564.—565.—566.—567.—568.—569.—570.—571.—572.—573.—574.—575.—576.—577.—578.—579.—580.—581.—582.—583.—584.—585.—586.—587.—588.—589.—590.—591.—592.—593.—594.—595.—596.—597.—598.—599.—600.—601.—602.—603.—604.—605.—606.—607.—608.—609.—610.—611.—612.—613.—614.—615.—616.—617.—618.—619.—620.—621.—622.—623.—624.—625.—626.—627.—628.—629.—630.—631.—632.—633.—634.—635.—636.—637.—638.—639.—640.—641.—642.—643.—644.—645.—646.—647.—648.—649.—650.—651.—652.—653.—654.—655.—656.—657.—658.—659.—660.—661.—662.—663.—664.—665.—666.—667.—668.—669.—670.—671.—672.—673.—674.—675.—676.—677.—678.—679.—680.—681.—682.—683.—684.—685.—686.—687.—688.—689.—690.—691.—692.—693.—694.—695.—696.—697.—698.—699.—700.—701.—702.—703.—704.—705.—706.—707.—708.—709.—710.—711.—712.—713.—714.—715.—716.—717.—718.—719.—720.—721.—722.—723.—724.—725.—726.—727.—728.—729.—730.—731.—732.—733.—734.—735.—736.—737.—738.—739.—740.—741.—742.—743.—744.—745.—746.—747.—748.—749.—750.—751.—752.—753.—754.—755.—756.—757.—758.—759.—760.—761.—762.—763.—764.—765.—766.—767.—768.—769.—770.—771.—772.—773.—774.—775.—776.—777.—778.—779.—780.—781.—782.—783.—784.—785.—786.—787.—788.—789.—790.—791.—792.—793.—794.—795.—796.—797.—798.—799.—800.—801.—802.—803.—804.—805.—806.—807.—808.—809.—810.—811.—812.—813.—814.—815.—816.—817.—818.—819.—820.—821.—822.—823.—824.—825.—826.—827.—828.—829.—830.—831.—832.—833.—834.—835.—836.—837.—838.—839.—840.—841.—842.—843.—844.—845.—846.—847.—848.—849.—850.—851.—852.—853.—854.—855.—856.—857.—858.—859.—860.—861.—862.—863.—864.—865.—866.—867.—868.—869.—870.—871.—872.—873.—874.—875.—876.—877.—878.—879.—880.—881.—882.—883.—884.—885.—886.—887.—888.—889.—890.—891.—892.—893.—894.—895.—896.—897.—898.—899.—900.—901.—902.—903.—904.—905.—906.—907.—908.—909.—910.—911.—912.—913.—914.—915.—916.—917.—918.—919.—920.—921.—922.—923.—924.—925.—926.—927.—928.—929.—930.—931.—932.—933.—934.—935.—936.—937.—938.—939.—940.—941.—942.—943.—944.—945.—946.—947.—948.—949.—950.—951.—952.—953.—954.—955.—956.—957.—958.—959.—960.—961.—962.—963.—964.—965.—966.—967.—968.—969.—970.—971.—972.—973.—974.—975.—976.—977.—978.—979.—980.—981.—982.—983.—984.—985.—986.—987.—988.—989.—990.—991.—992.—993.—994.—995.—996.—997.—998.—999.—1000.

## Gehaltskürzung für die Reichsangestellten

Berlin, 12. Dez. Wie der Gewerkschaftsbund der An-  
gestellten mittelst, fanden am Donnerstagsvormittag zwischen  
dem Reichsfinanzministerium und den am Tarifvertrag be-  
teiligten Organisationsverbänden Verhandlungen über die Kürzung  
der Gehälter der Reichsangestellten statt. Die Reichs-  
regierung wollte auf Grund des § 5 der Notverordnung vom  
1. Dezember 1930 auch sämtlichen Reichsangestellten die Ge-  
hälter um 6 v. H. genau so wie bei den Beamten, kürzen.  
Die Gewerkschaften haben diesen Gehaltsabbau unter  
Hinweis auf die hohe Belastung der Angestellten durch die  
Sozialversicherungsbeiträge — diese betragen rund 18 v. H.  
des Gehalts — abgelehnt. Das Reichsfinanzministerium  
hat darauf auch im Auftrage der Deutschen Reichsbahn-  
gesellschaft und der Reichsbank das Gehalts-  
abkommen zum Reichsangestelltentarifvertrag vom 31. Januar  
1931 gekündigt. Die Vertreter Preukens erklärten,  
daß Preukens sich diesem Vorhaben ablehnen werde. Die  
Gewerkschaften fordern, daß die der Arbeitslosenversicherung  
unterliegenden Angestellten von der Gehaltskürzung aus-  
genommen werden.

## Das Präsidium des Chemiker Stadtparlamentes wiedergewählt

Chemnitz, 12. Dez. In der Stadtverordnetenversamm-  
lung wurde das alte Präsidium wiedergewählt, und  
somit erhielt der 1. Vorsitzende Schierand (Dem.) alle 51  
bürgerlichen Stimmen gegen die Einparteiern.